

DER COURIER
is the leading Canadian Paper in
the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:—
in Canada \$2.50
to foreign countries \$3.50
If paid in advance:—
Canada \$2.00
1835 Halifax Street, Regina.

Der Courier

und Der Herold Organ der deutschsprechenden Canadier

„Der Courier“
ist die führende Zeitung für die
deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
Im voraus bezahlt:
Canada \$2.00
für Ausland \$8.50

25. Jahrgang. 16 Seiten

Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 16. Dezember 1951

16 Seiten Nr. 6

Reichskanzler Heinrich Brüning als Diktator

Das neue Direktorium des Saskatchewan-Pools

C. C. Brouillette zum Nachfolger des verstorbenen Präsidenten McPhail und J. H. Weissen zum Vizepräsidenten gewählt.

Regina, 16. Dez. — C. C. Brouillette von Kanada ist der neue Präsident des Saskatchewan-Pools. Er wurde am 10. Dezember in der ersten Versammlung des neuen Direktoriums einstimmig zu diesem Amt gewählt. Herr Brouillette, der Vizepräsident des Pool seit seiner Gründung im Jahre 1924 war, ist der Nachfolger des verstorbenen A. J. McPhail.



C. C. Brouillette.

Sechs Änderungen sind im Vergleich zum letzten Jahr im neu gewählten Direktorium zu verzeichnen, davon die Hälfte infolge Tods oder Rücktritts. W. A. Weissen wird zum Direktor für District 9, früher vertreten von dem verstorbenen A. J. McPhail, dem Poolpräsidenten von 1924 bis zu seinem vor 2 Monaten erfolgten Tode. Die anderen von diesen Änderungen betroffenen 5 Distrikte waren im letztjährigen Direktorium wie folgt vertreten: District 3, G. H. Weber, Manitoba; District 4, J. E. White, Ontario; District 5, J. H. Martin, Ontario; District 11, Harry North, Ontario; District 13, A. H. Hovatt, Ontario. Die Herren White und North versiedelten heute auf Wunsch von Hovatt zum Direktor für District 13 von Anfang an und war gleichzeitigwährend Direktor seit Erhebung dieser Stelle im Dezember 1926.



J. H. Weissen.

Deutsche Wissenschaftler geehrt.

Stockholm, Schweden. — König Gustav überreichte drei deutschen Wissenschaftlern den diesjährigen Nobelpreis in Chemie und Medizin. Professor Otto Warburg von Berlin erhielt den Medizinpreis für seine Studien des Gärungsprozesses bei der Atmung. Er erhielt in einem Diplom, einer Goldmedaille und einem Scheck über 173.206 Kronen (ungefähr \$31.177). Der Chemiepreis, der die gleichen Auszeichnungen umschließt, wird zwischen Dr. Carl Bosch und Dr. Friedrich Bergius geteilt. Der diesjährige Physikpreis wird erst im nächsten Jahr erteilt.

Verteidigt Autorität der Regierung gegen Umsturzgefahr

Sein Ziel ist es, das deutsche Volk zum Frieden und zur Freiheit zurückzuführen.

Will versuchen, die Reparationslasten völlig abzuschütteln.

Berlin. — Die Augen der ganzen Welt sind wieder einmal auf Deutschland gerichtet. Es steht im Mittelpunkt der großen internationalen Politik. Selbst innen- und parteipolitische Vorgänge wie die besprochenen Landtage, oder die württembergischen Gemeindevorstände, die nur eine Partei, das Zentrum, unberührt liegen, sind aber die bürgerliche Mitte zu Gunsten der Nationalsozialisten zerfallen, werden im Ausland teils mit Neugierde und teils mit Bangen verfolgt. Während der Nationalsozialismus mehr und mehr zum Sammelboden der nationalgeheimen bürgerlichen Elemente wird, konnte er in den beiden maritimen Parteien der Sozialdemokraten und Kommunisten keine nennenswerten Erhebungen machen. Auf dem linken Flügel des deutschen Parteiwesens ist eigentlich nur eine gewisse Abwanderung von Sozialismus zum Kommunismus wahrzunehmen, die vorläufig bei der großen Sozialdemokratischen Partei nur eine Abdrückung, aber keinen Nationalabfall hervorgerufen hat. Fest steht die Zentrumspartei, die sich auf die bewundernswürdige Disziplin und die hervorragende politische

Schulung ihrer Wählermassen verlassen kann. Im Ausland überrollten einigermassen die verhältnismäßig schonen Neuierungen des nationalsozialistischen Führers Adolf Hitler, der allgemein als „Eisenfresser“ galt, jetzt aber sich für Regalität und Verfassung, für Verständigung mit Frankreich und Verhandlungen mit den anderen Mächten, für Anerkennung der deutschen Handelschulden usw. erklärt. Möglich ist nur, ob er bei Vertretung dieser politischen Grundlinien auf die Gefolgschaft der nationalsozialistischen Massen rechnen kann, da in seiner Partei sich bereits zwei Richtungen, eine gemäßigte und eine radikale, bemerkbar machen, wenn auch nach außen hin die Meinungsverschiedenheit durch den Antritt einer strengen Disziplin verdeckt wird.

In einer Rundfunkrede nahm Reichskanzler Dr. Heinrich Brüning Stellung zur neuen Lage. Er erklärte u. a.: „Es gibt neben der von der Verfassung vorgeschriebenen keine andere Autorität in unserem Lande. Die Reichsregierung wird der drohenden Gefahr der inneren Volksaufstände entgegenzutreten, ohne Jagen mit eigener Energie entgegenzutreten. Sie bildet keine Autorität außer der, die von der Verfassung ausgeht. Der Reichspräsident ist die Reichsregierung allein haben die Kontrolle über die Instrumente der Autorität des Staates.“

„Diese Instrumente werden mit unverzüglicher Schärfe eingesetzt, insbesondere unter Verhängung des Kriegsrechts, und gegen alle gerichtlichen, die in dieser Stunde unternommen werden, die die Verfassungsmäßigkeit der Regierung untergraben.“

Brüning führte aus, daß er die Fügung der Regierung übernommen habe, erfüllt von dem leidenschaftlichen Wunsch, Deutschland Frieden und Freiheit wiederzugeben. „Und daß es gesonnen war, Parteiwünsche unberücksichtigt zu lassen. „Auch in Zukunft“, sagte er, „werde ich mit allen verfassungsmäßigen Mitteln gegen die Veruche antreten, das deutsche Volk in zwei sich gegenüberstehende Lager zu spalten.“

Der Kanzler warnte seine Zuhörer vor der Gefahr, die darin liege, in Zeiten der höchsten Not des Vaterlandes im Ausland den Eindruck aufkommen zu lassen, als bestie in Deutschland eine geteilte Front oder sogar eine künftige Regierung, die sich gegen das deutsche Volk zu wenden.“

Der Kanzler wandte sich dann den in Basel stattfindenden Verhandlungen zu. „Nebenbei, Türkei. — Herr C. H. Weissen, die deutsche Fliegerin, ist auf einem Fernflug nach einem ungenannten Bestimmungsort von Sofia, Bulgarien, hier angelangt.“

Scharfer Kampf um die Kriegstribute

Von der Reparationskonferenz in Basel. — Französische Delegation bleibt hartnäckig.

Basel, Schweiz, 12. Dez. — Die baldige Wiedereröffnung der in Youngplan vorgeschriebenen Reparationsabhandlung durch Deutschland erhebt sich sehr unangenehm angelegte der Beratungen des Sachverständigenausschusses, der sich mit der Prüfung der gegenwärtigen Finanzlage von Deutschland befaßt. Die französische Delegation in der Konferenz bleibt hartnäckig bei der Forderung, daß wenn an den Reparationsabhandlungen Deutschlands irgendwelche Abstände gemacht werden sollten, eine gleichmäßige Reduzierung in den Kriegsschulden der Alliierten an die bei Staaten gemacht werden soll. Frankreich erhebt etwas mehr als 54 Prozent der Reparationen unter dem Youngplan, die 37 Jahre lang von 1929 bis 1966 bezahlt werden sollen und ungefähr 28.475.200.000 Goldmark betragen.

Die Gesamtsumme, die Deutschland in den Jahren von 1929 bis 1966 gemäß den Abmachungen des Youngplans bezahlen soll, beläuft sich auf annähernd 27 Milliarden Dollars, von welcher Summe mehr als Dreiviertel von den früheren Alliierten abgeführt werden müssen.

Der von den deutschen Budgetbehörden vorgelegte überprüfte Bericht hat sich entschlossen, allen politischen Reichsmitgliedern auf die Seite zu stehen und die Ausgaben Deutschlands auf analytische Weise zu prüfen. Der Ausschuss ernannte auch einen Untersuchungsstab, der über deutsche Anlagen im Ausland berichten soll. Die von den Sachverständigen des Ausschusses, der die von den Alliiertenregierungen unterbreiteten Zahlen mit denen von der deutschen Delegation vorgelegten verglichen hat, bekanntgegebenen Schätzungen lassen erkennen, daß die Deutschen in ihren Angaben nichts übertrieben haben. Von der Zeit des Waffenstillstandes bis zum 1. Juli dieses Jahres, als das Goebbelsjahr begann, hat Deutschland den Alliierten in Geld und Waren 20.798.702.848 Mark bezahlt. Diese Gesamtsumme nimmt sogar von den Alliierten selbst. Von der Zeit des Waffenstillstandes bis zum 1. Juli dieses Jahres, als das Goebbelsjahr begann, hat Deutschland den Alliierten in Geld und Waren 20.798.702.848 Mark bezahlt. Diese Gesamtsumme nimmt sogar von den Alliierten selbst. Von der Zeit des Waffenstillstandes bis zum 1. Juli dieses Jahres, als das Goebbelsjahr begann, hat Deutschland den Alliierten in Geld und Waren 20.798.702.848 Mark bezahlt. Diese Gesamtsumme nimmt sogar von den Alliierten selbst.

Amerikaner erhalten Nobel-Friedenspreis.

Oslo, Norwegen. — Der Nobel-Friedenspreis wurde an Dr. Nicholas Murray Butler, Präsident der Columbia-Universität, New York, und an die Chicagoer Wissenschaftlerin, Dr. Jane Adams, verliehen.

Japan und China für Völkerbundsplan

Untersuchungskommission wird in die Mandchurei entsandt.

Paris. — Japan und China erklärten sich einverstanden mit dem vom Völkerbundt entworfenen Plan für Beilegung des Mandchurei-Konflikts, und die schwierige Streitfrage wurde in die Hände einer Untersuchungskommission gelegt. Kenjiro Hoshijima hat für Japan das Recht vorbehalten, etwaige notwendige Maßnahmen gegen das Verbotswort in der Mandchurei anzuordnen. Dr. Alfred Soe, der chinesische Vorkämpfer, stellte die Bedingung, daß China durch Einräumung des Völkerbundes, Bahrein, die Rechte unter bestehenden Verträgen aufgibt, und erwartet, daß die Japanner die Mandchurei mit größtmöglicher Beilegung räumen werden. Er betonte, unruhige Zustände in der Mandchurei, die er größtenteils der japanischen Okkupation zuschreibt, sollten nicht als Vorwand für weitere militärische Verletzung der Japaner dienen. Die erste Sitzung der Untersuchungskommission sollte sein, Ermittlungen an Ort und Stelle vorzunehmen und über den Fortschritt der Klärung zu berichten.

Artide Briand, Vorsitzender der Völkerbundtagung, bezeichnete als Aufgabe der Kommission, den Rat vor den Ausschuss über die Mandchurei-Schlichter zu geben. Lord Cecil von England sagte, der Erfolg des Planes würde von den Chinesen und den Japanern selbst abhängen. In keiner Schlussanrede wurde von Briand das Mandchurei-Problem in seiner Eigenart als ein

Amerikaner erhalten Nobel-Friedenspreis.

Oslo, Norwegen. — Der Nobel-Friedenspreis wurde an Dr. Nicholas Murray Butler, Präsident der Columbia-Universität, New York, und an die Chicagoer Wissenschaftlerin, Dr. Jane Adams, verliehen.

Artide Briand, Vorsitzender der Völkerbundtagung, bezeichnete als Aufgabe der Kommission, den Rat vor den Ausschuss über die Mandchurei-Schlichter zu geben. Lord Cecil von England sagte, der Erfolg des Planes würde von den Chinesen und den Japanern selbst abhängen. In keiner Schlussanrede wurde von Briand das Mandchurei-Problem in seiner Eigenart als ein

Weizenquote für britische Dominions?

Londoner Regierung erwägt bessere Berücksichtigung Canadas und Australiens.

London. — Die britische Regierung beschäftigt sich mit der Ausarbeitung eines Planes, der dazu bestimmt ist, den Dominions eine garantierte Weizenquote zu verschaffen. Der Plan ist als erster Schritt zu einem wirtschaftlichen Zusammenschluß des britischen Reiches gedacht. Da das Parlament bis zum 2. Februar vertagt ist und die Nationalregierung stark geneigt ist, um eine längere Periode im Amt bleiben zu können, wird diesem Anliegen jetzt in politischer Kreise die größte Aufmerksamkeit zugewendet. Im Gegensatz zu kirchlichen Maßnahmen, die dazu bestimmt waren, das „Dümpfen“ ausländischer Produkte im gegenwärtigen Augenblick zu verhindern, soll der Entschluß einen permanenten Charakter tragen.

Der britische Weizenimport des Jahres 1930 belief sich auf 5.200.000 Tonnen, wovon 57 Prozent aus dem Ausland und 43 Prozent aus dem britischen Reich stammten. Die Verbrauchsländer des Weizens waren folgende: Vereinigte Staaten 1.000.000 Tonnen; Australien 900.000 Tonnen; Argentinien 750.000 Tonnen; Kanada 1.300.000 Tonnen; Australien 650.000 Tonnen.

Zentrum und Nationalsozialisten unterstützen sich.

Darmstadt. — Der neugewählte hessische Landtag wurde unter der Führung von Adolf Hitlers Anhängern unter tumultuarischen Szenen eröffnet. Die Kommunisten stimmten ein. Zehnen, Schreiben und Wiesen an, das nahezu die Sitzung zum Abschluß brachte, als die Nationalsozialisten den Antrag der Mitglieder der Zentrumspartei unterstützten, daß eine kommunalistische Unterlingungsorgane an das Komitee zurückgegeben werden.

Deutsche Fliegerin auf Fernflug.

Stambul, Türkei. — Herr C. H. Weissen, die deutsche Fliegerin, ist auf einem Fernflug nach einem ungenannten Bestimmungsort von Sofia, Bulgarien, hier angelangt.

Heirat des Rumänenprinzen nicht anerkannt.

Wien. — Wie hier gemeldet wird, hat das oberste Gericht in Bukarest entschieden, daß die Heirat des Prinzen Nikolaus mit Frau Deletz nicht zu Recht besteht, und daher nicht anerkannt werden kann. Das Urteil des Gerichts wird dahin ausgelegt, daß eine Annulierung der Trauung umgangen werden und dem König die Kompensation erbracht werden soll, seinen Bruder zu betreffen. Eine Annulierung der Ehe, die einer Annulierung der vollzogenen Trauung gleichkommen würde, hätte König Carol unter dem Augustus, nach dem sein Mitglied, der Familie ohne Zustimmung des Königs heiraten darf, gemungen. Prinz Nikolaus aus der Familie auszutreten. Freunde des Prinzen erklären, daß Nikolaus sich eher von dem königlichen Thron löst, als gegen das Urteil des Gerichts Berufung einzulegen.

Dr. Eckener verhandelt mit England.

Sunderland, England. — Dr. Hugo Eckener, der Kommandeur des deutschen Luftschiffes „Graf Zeppelin“, erklärte sich bereit, der englischen Regierung bei Errichtung eines transatlantischen Luftdienstes beratend zur Seite zu stehen.

Einschneidende Notverordnung Hindenburg unterzeichnet Erlaß, der tief in die deutsche Wirtschaft eingreift.

Berlin. — Deutschlands Wirtschaftsleben, sein Finanzbetrieb und seine soziale Ordnung wurden mit einem Federstich umgekrempelt, als der Reichspräsident von Hindenburg den neuen Noterlaß der deutschen Regierung unterzeichnete.

Keine Warte des Lebens in Deutschland bleibt von diesem Noterlaß unberührt — er ordnet, Senkung von Lebensmittelpreisen, von Nahrungsmitteln, von Tabak und Wein an, lüftet der Landwirtschaft aufzuheben, verbietet politische Ausschreitungen und bewirkt der Welt, daß Deutschland sein Wohlstandstut, um sich der Weltwirtschaft anzupassen. Zugleich werden aber auch verschiedene Steuern erhöht. „Der Noterlaß bedeutet die endgültige Erledigung der Inflationsperiode, welche Deutschland aufgezogen wurde“, erklärte der Reichskanzler Brüning den Vertretern der deutschen Presse. „Das Ausland wird uns nicht länger der Verschwendungsflucht bezeichnen können, wenn es Einsicht

in diese Anordnungen nehmen wird“, sagte er. „Die Finanzen und Haushaltspläne der Reichsregierung und der Gemeinden sind völlig übergeleitet worden.“

Der Noterlaß, der längste, welchen die deutsche Regierung je erlassen hat, besteht aus 46 Druckseiten. Wie durchgreifend er ist, erhellt schon daraus, daß die Vollzüge bis zum dem am 1. Januar 1927 gültigen Niveau herabgesetzt sind.

Nach der politischen Seite hin legt der Noterlaß die Maßnahmen zur Wahrung von Weidmächtsfrieden in Deutschland fest. Er räumt mit dem beliebigen Recht der Deutschen auf, ihre politische Meinung durch Uniformen kenntlich zu machen, wie es die Brautbräutigam der Anhänger Hitlers, die feilgekauften Reichsbanner und die roten Wägen der Kommunisten sind. Bis zum 2. Januar sind Veramlangungen und Kundgebungen überhaupt verboten.